

Kommunalwahlprogramm 2020



DIE LINKE. Marl
Brassertstrasse 77
45768 Marl

info@dielinke-marl.de
www.dielinke-marl.de

 0177-4022714

SYMPATHISCH • UNBESTECHLICH • FÜR EUCH

DIE LINKE. Marl

Inhaltsverzeichnis

Seite 3	Vorwort
Seite 4	Kommunal
Seite 4	Mitbestimmt
Seite 5	Sozial
Seite 5	Gegen Armut und Hartz IV
Seite 6	Arbeit
Seite 7	Wohnen auch mit wenig Kohle
Seite 9	Gesund und gut Gepflegt
Seite 9	Bereit für die Jugend
Seite 10	Seniorenrecht
Seite 11	Für Menschen mit Handicap
Seite 11	Gleichberechtigt
Seite 12	Für Frieden und Migration
Seite 13	Antifaschistisch
Seite 13	Mit gutem Klima und Umweltschutz, aber sozial
Seite 15	Für den Tierschutz
Seite 16	Mobil
Seite 17	Kulturell
Seite 19	Gebildet
Seite 20	Sportlich
Seite 21	Entwickelt Stadtteile
Seite 21	Diskutiert

VORWORT

Liebe Marlerinnen, liebe Marler,
vielen Dank für ihr Interesse am Wahlprogramm der Marler LINKEN zur Kommunalwahl am 13. September 2020. Wir haben hier Ziele für die nächste Amtsperiode bis 2025 niedergeschrieben. Es ist schon nicht einfach für die nächsten 5 Jahre zu planen, durch die Corona Pandemie ist es noch mal schwieriger geworden Ziele für die Zukunft zu definieren. Niemand kann zuverlässig vorhersagen wie sich die Situation in und für Marl entwickelt. Oftmals haben wir hier vor Ort wenig bis keine Möglichkeiten selber zu entscheiden, wenn die Vorgaben von Land und Bund kommen. In Marl werden sicherlich Entscheidungen notwendig sein, an die heute niemand denkt, denn eines ist jetzt schon sicher, die Corona Pandemie hat die demokratischen Entscheidungsprozesse stark eingeschränkt, aber vor allem die soziale Ungleichheit noch deutlicher aufgezeigt. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft noch weiter auseinander als es bisher vermutet wurde und auch Kommunen wie Marl werden noch stärker unter den Folgen leiden, als Kommunen in anderen Regionen. Sie können aber sicher sein, dass für DIE LINKE bei allen Entscheidungen immer der Mensch im Mittelpunkt steht. Menschen vor Profiten.

Wir möchten sie mitnehmen, denn es geht uns um eine lebens- und liebenswerte Stadt Marl, aber vor allem geht es uns um IHRE Interessen.

Sollten sie Anregungen, Fragen oder konstruktive Kritik zu unserem Programm haben, scheuen sie sich nicht uns zu kontaktieren, kommen sie mit uns ins Gespräch, wir hören ihnen zu!

Wir wünschen ihnen viel Freude beim Lesen.

Marl Kommunal

Linke Kommunalpolitik heißt, einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. DIE LINKE verbindet die Arbeit im Stadtrat mit dem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen, in Sozial- und Umweltverbänden, in Sportvereinen, in der Flüchtlingshilfe und als soziale Kraft in der Nachbarschaft. Demokratie beginnt vor Ort. Stört es Sie, dass in Marl für Bildung und Soziales kein Geld da ist? Finden Sie es unfair, dass Menschen arbeiten und trotzdem arm sind? Frustriert es Sie, dass es in Marl zu wenig bezahlbare Wohnungen gibt? Nerven Sie überhöhte Preise für Bus, Bahn? Wenn ja, dann helfen Sie uns, dies gemeinsam zu ändern! DIE LINKE kämpft für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist. Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht von Profitlogik bestimmt werden. Diese Bereiche müssen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden, um eine faire Daseinsvorsorge im Interesse der Allgemeinheit sowie der Ökologie für alle Bürger*innen sicherstellen zu können. Es darf kein Ausverkauf städtischen Eigentums geben, städtische Grundstücke sollen vorzugsweise in Erbpacht vergeben werden.

Um unsere Stadt handlungsfähig zu halten ist es erforderlich, das Marl für die Aufgaben die ihr Land und Bund auferlegen auch entsprechend finanziell ausgestattet wird.

Das ist auch einer der Gründe warum unsere Stadt einen Schuldenberg vor sich herschiebt, wir fordern schon länger eine entschlossene Initiative der Landesregierung, aber egal ob Schuldenerlass oder Altschuldenfond, bisher haben sich die letzten Landesregierungen, egal welcher Couleur, vor einer tragbaren Lösung gedrückt. Ohne eine ausreichende Kommunalfinanzierung, kann das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht sichergestellt werden, egal wie sich die Stadt auch bemüht. Sozial. Gerecht. Für MARL! Unsere Stadt

MARL Mitbestimmt

Alle fünf Jahre den Stadtrat zu wählen, reicht nicht aus, um die Bürger*innen tatsächlich zu beteiligen! Um den verschiedensten Anliegen der vielfältigen städtischen Gemeinschaft gerecht zu werden, ist ein ständiger Austausch der Bürger*innen untereinander sowie mit den verantwortlich Handelnden sinnvoll und nötig. Wir begreifen den Stadtrat nicht als Verwaltungsgremium, sondern als klar politisches Gremium, da dieser entscheidet, wohin sich unsere Stadt entwickelt. Wer hier lebt, soll mitbestimmen! DIE LINKE hat sich in der ablaufenden Amtsperiode an zwei erfolgreichen Bürgerbegehren aktiv beteiligt, das waren zum einen die Initiative gegen einen Kreishausneubau und zum anderen der Marler Radentscheid. Die Bürgerbeteiligung muss dauerhaft sichergestellt und wohnortsnah gestaltet werden. Zudem müssen die Prozesse und Beschlüsse der städtischen Verwaltung transparenter werden.

DIE LINKE fordert:

- Bürger*innen müssen die Möglichkeit haben, über den Haushalt abzustimmen und Vorschläge zu machen.
- Einrichtung von Stadtteilausschüssen.
- Kommunales Wahlrecht für alle Bewohner*innen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.
- Einbeziehung der Anwohner*innen in die Stadtplanung.
- Einrichtung eines Schüler*innen- und Jugendparlamentes mit echten Entscheidungsbefugnissen.

- Einführung einer Open-Source-Bürgerbeteiligungssoftware, z.B. CONSUL, für leichte, inklusive und barrierefreie Bürgerpartizipation an städtischen Entscheidungen.
- Beteiligung der Marler Bürger*innen bei der Entwicklung der städtischen Digitalisierungsstrategie, am besten unter Verwendung einer Bürgerbeteiligungssoftware, z.B. CONSUL.
- Ausbau und Vereinfachung des Ratsinformationssystems für die Bürger*innen.

MARL Sozial

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Nach den Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung weit über 60% des gesamten Vermögens. Armut breitet sich aus, Reichtum konzentriert sich bei Wenigen und die gesellschaftliche Mitte schwindet. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind von Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt von wachsender Armut besonders betroffen. Wegen zum Teil deutlich unterschiedlicher Entwicklungen in den Regionen in NRW, teils sogar innerhalb einer Stadt kann von gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht mehr gesprochen werden.

Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit bereichert, ist ungerecht. Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. LINKE Kommunalpolitik vor Ort rückt in NRW deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine finanzkräftige Lobby haben.

MARL gegen Armut und Hartz IV

Kinderarmut ist eines der gravierendsten Probleme und eine Schande für unserer Gesellschaft. Lebensqualität, schulische und berufliche Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen werden massiv beeinflusst – dem Grundgesetzauftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle wird nicht entsprochen!

Das Hartz IV-System beruht auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

Wir als LINKE zeigen, dass wir nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und abzufinden.

DIE LINKE fordert:

- Die vorrangige Beschäftigung von Arbeitslosen mit Kindern in Maßnahmen der Beschäftigungsförderung, besonders im Rahmen des Programms „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ – Chance für die Kinder, wieder „normale“ Verhältnisse kennenzulernen.
- Die verstärkte Einbeziehung dieser Kinder in Ganztagsbeschulung in Form der Offenen Ganztagschule OGS oder besser: in die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der OGS zur gebundenen Ganztagschule als ganztägige Schulveranstaltung.

- Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes mit seinen verbesserten Leistungen in 2019 besser zu nutzen. Bisher liegt die Ausnutzung weit unter den Möglichkeiten. Statt bisheriger umfangreicher Einzelanträge für jede einzelne Maßnahme (z.B. Schulausflug, Sportvereinsbeitrag) soll ein diskriminierungsfreies Scheckkartensystem (Kombination mit dem Kultur- und Sozialpass) eingeführt werden.
- Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen und prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen sind einzustellen.
- Stattdessen sind ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen.
- die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter und Sozialämter ist am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren und grundsätzlich in voller Höhe zu übernehmen.
- Finanzierung einer unabhängigen Sozialberatung auf kommunaler Ebene.
- Zwangsumzüge sind unzulässig.
- Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen.
- Die Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- Durch Wiedereinführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht.
- Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen; bei vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang menschenwürdige und kostenlose Schlafgelegenheiten eingerichtet werden, dazu ist eine hinreichende finanzielle Ausstattung unerlässlich, ebenso wie die Schaffung von zusätzlichen Stellen („Streetworker“), um wohnungslose Menschen zu den Ämtern zu begleiten.

MARL Arbeitet

Die Städte und Landkreise in NRW stehen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vielerorts vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Gerade in industriell geprägten Regionen hat ein massiver Arbeitsplatz-Abbau stattgefunden und viele Menschen in Not gebracht. Das Hartz IV-System ist arbeitsmarktpolitisch gescheitert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist weniger zurückgegangen als die allgemeine Arbeitslosigkeit. Erreicht wurde für die Betroffenen die soziale Sicherung auf Armutsniveau, keine Absicherung erreichter Lebensstandards und Qualifikationsniveaus, permanenter Druck vom Jobcenter, mangelnde Angebote für Arbeit und Ausbildung. Die Beschäftigten in Minijobs, Teilzeit- und Leiharbeit erhalten häufig nur Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Diese Situation ist schwer erträglich und wird von der LINKEN heftig kritisiert.

DIE LINKE unterstützt weiterhin Ansiedlungen von Unternehmen die Arbeitsplätze in Marl schaffen und sichern, wie z.B. im Chemiapark, im Industriepark Marl – Dorsten, die Metro Ansiedlung und zukünftig auf dem Gelände gate ruhr. Allerdings nur unter der Voraussetzung das dadurch

sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen, von denen die Arbeitnehmer*innen auch gut leben können.

Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürger*innen werden durch leere Kassen massiv in Frage gestellt. Zahlreiche Arbeitsplätze in der Marler Verwaltung wurden durch die prekäre Lage abgebaut, dadurch ist die Kommune stark in ihrer Handlungsfähigkeit belastet und einschränkt.

Oberstes Gebot muss die Rückführung von Leistungen in die Öffentliche Verantwortung sein. Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt nicht nur mehr, sondern auch gute Beschäftigung im Öffentlichen Dienst zu schaffen!

DIE LINKE fordert:

- Ansiedlungen in Marler Gewerbegebieten nur für sozialversicherungspflichtigen Jobs.
- Die Verwendung der Mittel zur Eingliederung in Arbeit für Beschäftigungsmaßnahmen zu tariflichen und sozialversicherungspflichtigen Bedingungen.
- Ein öffentlich gefördertes kommunales Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose in sozialen Stadtteilprojekten.
- Eine Beteiligung der Stadt als Arbeitgeber in Beschäftigungsprogrammen, die optimale Bedingungen bieten für Qualifizierung, beruflichen Wiedereinstieg und für eine sinnvolle und soziale Teilhabe.
- Eine völlige Abschaffung der Sanktionen der Jobcenter.
- Die Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst müssen daher zwingend unbefristet und Tarifgebunden sein.
- Schluss mit der Ausdünnung der Arbeitsplätze in der Verwaltung.
- Sachgrundlose befristete Beschäftigung ist auszuschließen.
- Bedarfsgerechte Ausbildung und anschließender Übernahme in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse.
- Es ist darauf zu achten, dass beauftragte Firmen Tarifgebunden sind und bei den zuständigen Gewerkschaften nicht als "schwarze Schafe" bekannt sind.
- Soweit es die Ausschreibungen erlauben sind lokale Firmen zu bevorzugen.

MARL Wohnen auch mit wenig Kohle

Marl ist die Stadt im Kreis die die meisten Soziallasten trägt. Ein Hauptgrund ist der anhaltende Wegfall zahlreicher gutbezahlter Industriearbeitsplätze und viele Langzeitarbeitslose. Die Bürgerinnen und Bürger müssen teilweise bis zu 50% ihres Einkommens für die Miete aufbringen, das ist nicht hinnehmbar, deshalb muss in Marl mehr für den sozialen Wohnungsbau und Wohnungsbedarf getan werden. Gebraucht werden vor allem kleine Wohnungen für 1-2 Personen. Der Bestand an Sozialwohnungen sinkt seit 20 Jahren fortlaufend.

Um eine „Ghettobildung“ zu vermeiden ist es erforderlich sozial ausgewogene Wohnquartiere zu entwickeln, indem geförderte Mietwohnungen genauso vorhanden sind wie die Eigenheime. Quartiere in denen ausschließlich hochpreisiger Wohnraum („Luxuswohnungen“) errichtet werden, wie am Jahnstadion und auf dem Hallenbadgelände lehnen wir ab, ebenso wie Wohnsiedlungen mit ausschließlich geförderten Wohnraum.

Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden, Wohnen ist keine Ware.

DIE LINKE fordert:

- Jeder Mensch muss einen Anspruch auf eine beheizte Wohnung mit Stromversorgung haben.
- Keine Sozialwohnung darf jemals aus der Sozialbindung fallen.
- Bei Bau und Ausstattung soll auf Zweckmäßigkeit und Bedarf der Bürger*innen geachtet werden.
- Mindestens 50 Prozent des Bauvolumens muss verbilligter Wohnraum und sozialer Wohnraum sein – die Stadt Wien macht es vor.
- Sozial ausgewogener Wohnquartiere.
- Vergabe von Bauflächen an den Anbieter, der die dauerhaft niedrigsten Mieten garantiert.
- Unterstützung anderer gemeinnütziger Akteure wie Baugenossenschaften, selbstverwalteter Wohnprojekte oder sozialer Träger, um bestehende Sozialwohnungen zu sichern und neue zu erschließen.
- Städtische Grundstücke sollen nur noch auf Erbpachtbasis vergeben werden.
- Höhere Verdichtung der Bebauung und grundsätzliche Zulässigkeit von mindestens sechs Stockwerken.
- Konsequente Bekämpfung spekulativen Leerstands durch Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer*innen, die Wohnungen länger als ein Jahr leer stehen lassen.
- Eine aktive städtische Aufforderung an Eigentümer*innen, ihre leerstehenden Gebäude durch bauliche Sicherheitsmaßnahmen vor dem Verfall zu retten.
- Bodenwertsteigerungen privater Eigentümer*innen müssen den Bürger*innen durch Abschöpfung der Gewinne zugutekommen, z. B. durch den Bau sozialer Einrichtungen unbürokratische Förderung privater alternativer Wohnprojekte und Wohngenossenschaften mit preiswerten Grundstücken, sanierungsbedürftigen Altbauten, billigen Krediten bzw. Bürgschaften.
- Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen von Wohnraum.
- Jährliche Anpassung der Erstattung der Kosten der Unterkunft im Sinne des Sozialrechts an die reelle Wohnkostenentwicklung.

MARL Gesund und gut Gepflegt

Gesundheit ist keine Ware! Alle Menschen haben Anspruch auf gute medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Geld, Wohnort und Herkunft. Insbesondere für ältere Menschen und Geringverdienende verschlechtert sich zunehmend der Zugang zur notwendigen Gesundheitsversorgung. Sparmaßnahmen und Profitorientierung haben keine Probleme gelöst, sondern neue geschaffen. Das zeigt sich besonders jetzt in Zeiten der Corona Pandemie. DIE LINKE kämpft für eine am Bedarf unserer Bevölkerung orientierte Gesundheitspolitik. Menschen vor Profite!

DIE LINKE fordert:

- Wirtschaftlichkeit darf keine übergeordnete Rolle spielen.
- Wohnortnahe medizinische Grundversorgung.
- Gute, auskömmliche Personalausstattung und angemessene Bezahlung in allen städtischen Pflegeeinrichtungen, keine Sparmaßnahmen und Profite auf dem Rücken der Beschäftigten und Patient*innen/Bewohner*innen.
- Verbot von Leiharbeit in der Pflege.
- Schaffung von Personalstellen, um Angehörigen eine Unterstützung bei der Pflege zu Hause zu ermöglichen.
- Erweiterte Parkausweise für ambulante Pflegedienste.
- Förderung und Unterstützung von Hebammen und Entbindungspflegern zur Ausübung ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.
- Verbesserung der Informationen über Angebote und Möglichkeiten der Gesundheitsfürsorge und –vorsorge.
- Schaffung einer städtischen Stelle zur Koordinierung von Therapieangeboten.
- Ausbau der städtischen Gesundheitsbildung. (z.B. Thema Impfen)
- Unterstützung und bessere Finanzierung von Selbsthilfegruppen und Patient*inneninitiativen.
- Sicherstellung eines ärztlichen Angebotes zum sicheren Schwangerschaftsabbruch.

MARL Bereit für die Jugend

Nicht zuletzt Fridays for Future hat gezeigt: Die Jugend ist politisch und muss in demokratische Prozesse unserer Stadtgesellschaft eingebunden werden. Erst die konkrete Mitbestimmung und das Erlebnis, in der Kommune etwas verändern zu können, fördern die Identifikation mit der Demokratie. In Jugendzentren können Jugendliche selbstbestimmt ihre Freizeit verbringen, eigene Ideen entwickeln und verwirklichen. Daher stellen Jugendzentren einen wichtigen Eckpfeiler kommunaler Jugend- und Präventionspolitik dar.

DIE LINKE fordert:

- Aufbau eines Jugendparlamentes, wie es dies bereits in vielen anderen Städten gibt: Das Jugendparlament ist die Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen und vertritt jugendpolitische Themen und jugendliche Anliegen gegenüber der Stadtvertretung und der Stadtverwaltung. Das Jugendparlament ist Ansprechpartner für junge Menschen auch außerhalb dieser Altersgrenzen, die ihren Hauptwohnsitz in MARL haben und sich einbringen möchten. Die Abgeordneten des Jugendparlamentes haben Rederecht in Stadtratssitzungen und allen das Jugendparlament betreffenden Ausschüssen. Sie können dort auch Anträge stellen, die vom Stadtrat und den Ausschüssen behandelt werden müssen. Das Jugendparlament bekommt eigene Räumlichkeiten und gibt sich selbst eine Satzung, die alle weiteren Formalitäten bestimmt.
- Ausbau von Jugendzentren mit gut bezahlten Sozialarbeiter*innen in allen Stadtteilen von MARL.
- Flächendeckende Gewährleistung von leicht zugänglicher Jugendsozialarbeit.
- Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und alle weiteren Formen von Diskriminierung wendet.
- Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur und Unterstützung von Freiräumen.
- jährliche Steigerung der städtischen Haushaltsmittel für die Kinder- und Jugendarbeit zur Sicherung ihrer Kontinuität und ihres steigenden Bedarfs – Budget?

MARL Seniorengerecht

Das Durchschnittsalter der Marler Bürgerinnen und Bürger wird laut Prognose des Statistischen Landesamtes deutlich steigen. Der Anteil der Menschen über 65 Jahren wird in MARL im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung wachsen. Die Stadt MARL muss den Bedürfnissen aller Senior*innen gerecht werden.

DIE LINKE fordert:

- städtische Seniorentreffs in allen Stadtteilen.
- leicht zugängliches Beratungsangebot für Senior*innen.
- Ausbau von Wohnformen wie Mehr-Generationen-Häuser.
- Ausbau von städtischen Tagespflegeplätzen für pflegebedürftige Senior*innen.
- Marl barrierefrei.

MARL Für Menschen mit Handicap

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Das Thema Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betrifft alle Menschen in Marl. Barrierefreiheit hilft uns allen: sei es nach einem Unfall, im Alter oder mit einem Kinderwagen.

DIE LINKE fordert:

- Einrichtung, Unterstützung und Erweiterung der Befugnisse des Behindertenbeirats
- Barrierefreier öffentlicher Nahverkehr durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen sowie Anpassung für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung.
- Deutliche Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderung mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben.
- Erweiterung des Blindenleitsystems, Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln.
- Vor wichtigen Gebäuden Installation von Stelen mit Braille-Schrift, auf denen die wichtigsten Daten des Gebäudes zu lesen sind.
- Alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen barrierefrei zugänglich und so gestaltet sein, dass alle Bürger*innen teilnehmen können. (bei Bedarf Gebärdendolmetscher*in u. Ä.)
- Barrierefreie Gestaltung der Homepage und anderer städtischer Informationskanäle sowie Verfügbarkeit in leichter Sprache.
- Möglichkeit für Bürger*innen, die sich politisch organisieren, Gebärdendolmetscher*innen über die Stadt finanzieren zu lassen, damit jede*r die Möglichkeit hat, sich politisch zu beteiligen.

MARL Gleichberechtigt

DIE LINKE will eine Geschlechtergerechtigkeit die eine Gleichstellung von Frauen, Männern, Transmenschen und Intersexuellen gleichermaßen beinhaltet und somit geht es die ganze Gesellschaft an.

DIE LINKE fordert:

- Die Forderung nach einem Frauenhaus weiter vorantreiben.
- Die Wohnungsnothilfe für Frauen weiter unterstützen.

- Für eine sichere Stadt eintreten. (Beleuchtete Wege, sichere Parkplätze, Notrufeinrichtungen etc.)
- Die Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung stärken
- Eine adäquate Kinderbetreuung anstreben.
- Und natürlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit als selbstverständlich ansehen.

Wir, DIE LINKE kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf aufgrund der eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit das klappt, bedarf es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe.

MARL Für Frieden und Migration

Frieden beginnt vor Ort. DIE LINKE sieht beide Begriffe kommunal als eng miteinander verknüpft. Nur gemeinsam mit allen hier lebenden Kulturen gelingt ein friedvolles Miteinander.

DIE LINKE Marl wird:

- Örtliche Friedensinitiativen weiterhin unterstützen.
- Städtepartnerschaften fördern.
- Keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und Marketingzwecken.
- Bereitstellung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr verweigern.
- Erhalt und Unterstützung des Integrationsrats.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes.
- Ausbau der Partnerschaften mit den Kulturvereinen.
- Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen für Geflüchtete.
- Verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung sind unerlässlich.
- Unterstützung der Institutionen und ihren vielen Ehrenamtlichen.
- Die Schulpflicht für alle Kinder unabhängig vom Aufenthaltsstatus einfördern.

Eine Politik der Ausgrenzung verstärkt bestehende Vorurteile. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen, rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte unverantwortlich. Die Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag der Ankunft beginnen. Kein Mensch ist illegal!

Marl Antifaschistisch

Viele Menschen fühlen sich abgehängt und/oder haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Rechte Parteien schüren diese Ängste, um sich dann als ‚Anwalt der kleinen Leute‘ auszugeben. In Marl spüren wir diese Tendenzen sehr deutlich. Die Linke sieht es als einer ihrer zentralen politischen Aufgaben, den antifaschistischen Widerstand zu unterstützen und rechtsextreme Gruppierungen und Parteien zu bekämpfen.

DIE LINKE Marl wird:

- Keinen Anträgen aus rechten Reihen zustimmen oder interfraktionell mit ihnen zusammenarbeiten.
- Weiterhin das Bündnis ‚Wir sind mehr‘ mitorganisieren.
- Sich weiterhin als Verbündete der Marler antifaschistischen Aktivist*innen und Gruppen sehen.
- Den Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstands unterstützen.
- Sich für die Verlegung weiterer Stolpersteine in Marl einsetzen.

Da die Zeitzeugen immer weniger werden, ist es an uns, Orte des Erinnerens und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Städten zu organisieren.

MARL Mit gutem Klima- und Umweltschutz, aber sozial

Die vergangenen Sommer haben uns so deutlich wie noch nie vor Augen geführt, wie gegenwertig die Gefahren durch Klimaveränderungen jetzt schon sind. Das Aufkommen von Bewegungen wie Fridays for Future und die immer weiter voranschreitende Politisierung von Menschen jeden Alters, sind ein deutliches Zeichen und müssen als Handlungsaufforderung verstanden werden.

Wir, DIE LINKE. Marl setzen uns für eine antikapitalistische und soziale Umwelt- und Klimapolitik in Marl ein und fordern alle notwendigen Maßnahmen zur Milderung einer herannahenden Klimakatastrophe zu ergreifen. Denn ein dafür benötigter sozial-ökologischer Umbau kann nur funktionieren, wenn er konsequent auf allen politischen Ebenen vorangetrieben wird. Wir möchten dafür sorgen, dass der Willensbekundung, die durch das Ausrufen des Klimanotstandes abgegeben wurde, auch Taten folgen werden, die soziale und ökologische Aspekte zusammenführen und nicht gegeneinander auszuspielen. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es Maßnahmen, die in alle Bereiche der kommunalen Politik reichen. Wer die Umwelt und das Klima schützen möchte, der kommt an der Vermeidung von tagtäglichem Umweltbelastungen nicht vorbei. Marl braucht keine weitere Umweltbelastungen, wie zum Beispiel durch die Errichtung einer Abfalldeponie auf der Halde Brinkfortsheide. Marl muss die Reduktion von CO₂-Ausstoß, das Recyceln von Abfällen, die Vermeidung der Freisetzung sonstiger umweltbelastender Stoffe und den Schutz von vielen Tierarten unbedingt vorantreiben.

DIE LINKE fordert:

- Den Ausbau einer ökologischen kommunalen Kreislaufwirtschaft. Diese beinhaltet das nahezu restlose Recyclen von Abfällen auf möglichst kurzen Wegen und die Vermeidung von Abfallverbrennungen.
- Zur Reduktion von unnötigem Energieverlust sollen öffentliche Gebäude zur besseren Wärmeisolierung saniert und städtische Neubauten schon mit hohem Standard gebaut werden. Die Sanierung von bestehenden Mietwohnungen sollen von der Stadt gefördert werden können, sofern die Warmmieten sozial verträglich sind und bleiben.
- Auch im Gewerbe- und Industriebereich sollen Energiesparende Verfahren und Techniken bevorzugt gefördert werden. Ein Beispiel dafür ist die Kraft-Wärme-Kopplung, die den Energieverlust bei anfallender Prozesswärme reduziert.
- Keine Deponie auf der Halde Brinkfortsheide.
- Mit Blick auf die Umsetzung der Energiewende, eine bezahlbare und ökologische Stromversorgung für alle. Dazu wollen wir, dass die Marler Stadtwerke nicht nur Netze betreibt sondern auch in die Erzeugung einsteigt. Diese soll dezentral und vor Ort Strom erzeugen und transparent und bezahlbar Marler Bürgerinnen und Bürger mit Strom versorgen.
- Im Mittelpunkt der Stromerzeugung sollen Solar-, Windenergie und Biomasse stehen. Das sorgt nicht nur für einen demokratisch kontrollierten und verantwortungsvollen Umgang mit Verbrauchern und Umwelt, sondern stärkt durch das Schaffen von Arbeitsplätzen auch den Mittelstand vor Ort. Denkbar wäre auch eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch genossenschaftliche Strukturen. Der soziale Gedanke soll in diesem Projekt stark vertreten sein. Ein kostengünstiges Grundkontingent an Strom mit einer darauffolgenden progressiven Kostensteigerung soll den effizienten Umgang mit Strom fördern.
- Stromabschaltungen sollen der Vergangenheit angehören, denn Strom ist heutzutage einer der wichtigsten Grundvoraussetzungen zur Erfüllung weiterer Grundbedürfnisse. Was wir strikt ablehnen ist ein weiteres Festhalten an Braun- und Steinkohlestrom sowie Atomkraft. Wir wollen keine Projekte wie Datteln IV in Marl!
- Wir setzen uns für den Erhalten von innerstädtischen Grünflächen und Parks wie das Waldstück am Jahnstadion oder die Grünstreifen an Marler Bächen ein. Diese grünen Oasen sind ein, selbst für Kinder und Senioren, leicht und umweltschonend zu erreichende Ruheorte für Menschen und Tiere in der Stadt und tragen einen großen Teil zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger bei.
- Neubaugebiete müssen unter ökologischen Gesichtspunkten geplant werden, bezüglich Energieversorgung, Erschließung, Versiegelungen müssen auf das nötigste beschränkt werden, Steingärten sind nicht zulässig.

- Auch bestehende Naturschutzgebiete müssen konsequent geschützt und erhalten werden. Es kann nicht sein, dass der Schutz von Umwelt und Tieren dort aufhört, wo das Profitinteresse von Konzernen und Unternehmen anfängt. Daher müssen diese bei städtischen, kommerziellen und privaten Bebauungsplänen besonders berücksichtigt werden.
- Zukünftig soll bei der Stadt- und Infrastrukturplanung der Umweltaspekt deutlich mehr in den Fokus rücken. Dazu gehört auch die Nutzung von alternativen und umweltschonenden Fortbewegungsmitteln wie dem Fahrrad zu fördern und im Straßenverkehr eine größere Rolle zu Teil werden zu lassen, als es im Moment der Fall ist.
- Dafür braucht es eine vorrausschauende Planung von Radwegen und vor allem einen Sanierungsplan, damit diese uns auf lange Zeit erhalten bleiben. Das Bereitstellen von ausreichend Fahrradständern muss vor Öffentlichen Gebäuden und an stark frequentierten Orten wie Bahnhöfen und Märkten eine Selbstverständlichkeit sein.
- Daher waren wir auch eine der ersten Parteien in Marl, die den Marler Radentscheid unterstützt haben und daran beteiligt waren, die dafür erforderlichen Maßnahmen im Mobilitätskonzept festzuschreiben. Wir werden deren Umsetzung positiv begleiten.
- Der Kontakt mit regionalen Umweltverbänden und der Bevölkerung muss regelmäßig und frühzeitig vor und während Projekten aktiv gesucht und gefördert werden. Dadurch können Konflikte vorgebeugt und Bedenken frühzeitig gehört und beseitigt werden, bevor weitvorangeschrittene Planungen ein Eingreifen in Projekte finanziell und vom Aufwand her erschweren oder verhindern.

MARL Für den Tierschutz

Wir DIE LINKE. Marl setzen uns konsequent für den Schutz von Haus- und Wildtieren ein. Daher fordern wir einen verantwortungsvollen Umgang mit jeder Form von Leben in unserer Stadt. Dazu gehört es Lebensräume für Wildtiere zu erhalten und zu schaffen und domestizierten Tieren ein angenehmes Zusammenleben mit Menschen weiter zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert:

- Veranstaltungen bei denen große psychische und physische Belastungen auf Tiere einwirken, wie Pony-Karusselle oder Wildtier-Zirkusse, sowie Pferde bei Schützenfesten o.ä. auf Stadtgebiet zu untersagen.
- Um das Wohlbefinden von Haustieren und ihren Besitzern zu gewährleisten, müssen Verdachtsmeldungen ans Veterinäramt ernstgenommen und nachgegangen werden. Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigänger, muss durch das Ordnungsamt durchgesetzt werden, Ordnungsgeld mindestens auf die Kosten der Kastration erhöhen.

- Für Kleintiere und Insekten, die essenziell wichtige Aufgaben in der Umwelt und der Agrarindustrie wahrnehmen, müssen neue Schutzräume geschaffen und alte erhalten werden. Zu solchen Schutzräumen gehören sogenannte grüne Oasen im innerstädtischen Gebiet, aber auch mit Blumen und Sträuchern bewachsene Grünstreifen und Wiesen.
- Zum Schutz von Tieren sind regionale Tierschutz-Organisationen, wie beispielsweise der Stadttauben Marl e.V. oder der Tierschutzverein Marl/Haltern e.V., zu denen immer ein Draht stehen muss, um auf Missstände frühzeitig aufmerksam zu werden und Kooperationen wie das kürzlich in Marl Mitte entstandene Taubenhaus zu ermöglichen.
- Riesenschlachthöfe oder sonstige unwürdige Massentierhaltung, die Tiere ohne Rücksicht in stark industrialisierte Prozesse einbinden, lehnen wir ab. Vergleichbare Betriebe in der Region haben schon mehr als deutlich gezeigt, wie Menschen, Tiere und Umwelt zur reinen Profitsteigerung ausgebeutet werden.

MARL Mobil

Während in anderen Kommunen die Verkehrswende bereits energisch vorangetrieben wird, erstickt Marl im Autoverkehr, der ÖPNV ist von den Einsatzzeiten, von den Taktungen und von den Preisen her wenig attraktiv. Mobilität bedeutet aber Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein, heißt, die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Kultur, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie gut zu erreichen. Wir wollen ein lebenswertes Marl mit sauberer Luft, weniger Verkehrslärm und attraktiven Alternativen zum Auto. Im Juni 2020 wurde vom Rat das lang ersehnte Mobilitätskonzept für Marl, inklusive den Maßnahmen des Radentscheides, auch mit unseren Stimmen verabschiedet. Wir werden dessen Umsetzung weiter kritisch begleiten.

DIE LINKE fordert:

- Reduzierung des Pkw Verkehrs, durch attraktive Alternativangebote.
- Lkw Verkehr auf das nötigste reduzieren, stattdessen die Transporte auf die Schiene. oder auf die Wasserstraßen verlagern, Durchgangsverkehr für Lkw's verbieten. (z.B. B225)
- Intelligente Verkehrsführungen um Lärm und Abgase stark zu reduzieren.
- Instandhaltung der Straßen nach Prioritätenliste.
- Kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle, schafft größere Akzeptanz.
- Als Zwischenschritt ein kostenloses Sozialticket, damit Rentner*innen, Auszubildende, Hartz-IV-Empfangende und Studierende schon jetzt entlastet werden.
- Eine bessere Anbindung der Stadtteile an Bus und Bahn.
- Die Einbindung des Nachtbusses in den regulären Nahverkehr-Tarif.
- Einen unabhängigen Fahrgastbeirat, dessen Aufgabe darin liegt, die Interessen der Fahrgäste zu kennen und zu vertreten.

- Erhöhung des Takts, vor allem am Wochenende und des Nachtbusses in der Nacht, um den sicheren Heimweg aller zu garantieren.
- barrierefreie Verkehrsmittel.
- den Ausbau von Ladestationen für mobile Endgeräte in den Verkehrsmitteln.
- Ausbau von P+R-Möglichkeiten

Attraktive Alternativen zum Auto sind möglich, wenn das Auto Raum abgibt für Fahrradstraßen, Busspuren, Fahrradparkplätze und breitere Fußwege. Bisher hat der Autoverkehr Priorität. Wir stärken die Alternativen zum Auto.

Der Anteil des Radverkehrs ist in den letzten Jahren jedoch nur leicht gestiegen und das Marler Radwegenetz weist immer noch große Lücken auf. Aber: Mehr Radspuren ohne bauliche Trennung sind keine Lösung. Denn Autos und Lastwagen ignorieren diese Radspuren oftmals – eine Gefahr für die Radfahrer*innen. Im Bereich der Innenstadt ist für den Ausbau räumlich getrennter Radwege zu wenig Platz. Hier muss das Fahrrad Vorrang vor dem Auto haben.

DIE LINKE fordert:

- Auf Durchgangsstraßen und breiten Straßen Ausbau von Radwegen, die baulich von der Straße getrennt sind.
- Einrichtung von Fahrradstraßen.
- Instandhaltung bestehender Radwege.
- Mehr (überdachte) Fahrradabstellmöglichkeiten wie kostenfreie Fahrradparkhäuser.
- Zuverlässiger Winterdienst auf allen Radstrecken.
- Grüne Welle für Fahrräder.

DIE LINKE macht Marl auch für Fußgänger*innen sicherer und attraktiver.

- Ausreichend breite und zusammenhängende Gehwege.
- Mehr Sitzgelegenheiten an den Fußwegen, Plätze mit Bäumen die zum Verweilen einladen.
- Sehbehindertenleitsysteme.
- Stadtteilzentren, die nicht autogerecht, sondern menschengerecht sind.
- Fußläufige Erreichbarkeit aller notwendigen Bedarfe des alltäglichen Lebens.
- Längere Grünphasen und schnellerer Wechsel der Phasen bei den Fußgängerampeln.

MARL Kulturell

Auch in Marl leben immer mehr Menschen, vor allem Kinder, in prekären Verhältnissen. Wo Menschen sich Gedanken über ihre Existenzsicherung machen müssen, spielen Kunst und Kultur in ihrem Leben eine immer geringere Rolle. Kultur muss vor allem aber auch zu den Menschen gebracht werden. Eine Kultur der „langen Wege“ können sich nur vermögende Menschen leisten. Zudem ist Kultur ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, denn kommunal erlebbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Stadt und ihrer Region. Am Umgang mit der Kultur kann man erkennen, wie ernst es unser Gemeinwesen mit der geistigen und schöpferischen Freiheit meint, denn sie ist der Gradmesser der Zivilisation. Kultur liefert Denkanstöße, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen, sie ist der wichtigste Freiraum für Gegenentwürfe in unserer Gesellschaft. Nirgendwo sonst tummeln sich so viele Menschen wie unter den Kulturschaffenden, die andere Lebensmodelle als das der kapitalistischen Leistungsgesellschaft suchen. Zugleich ist der Kulturbereich einer der gefährdetsten, weil seine Kosten zu den so genannten „freiwilligen Leistungen“ in der Kommune gehören.

DIE LINKE freut sich, dass mit dem Projekt Marschall 66, Kultur in die leerstehende Hauptschule an der Kampfstraße einzieht. Durch Unterbringung der VHS, der Musikschule, der Bücherei und des Skulpturenmuseums wird an diesem Ort ein vielbeachtetes Kulturprojekt entstehen.

Kultur ist ein wichtiger Ausdruck der Lebensqualität und Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Sie kann und darf daher nicht nach wirtschaftlichen Aspekten bewertet werden. Denn was Kultur aussagt und ausmacht ist mehr, als ein marktwirtschaftliches Produkt. Sie allen Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar zu machen, bleibt unsere zentrale Forderung!

DIE LINKE fordert:

- Die flächendeckende Einführung von Vergünstigungen auf das gesamte Kreisgebiet für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen. Der unbürokratisch ermäßigte Eintritt in öffentlichen kulturellen Einrichtungen.
- Den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen von Bibliotheken, Museen bis zu Orchestern und Theatern; zu bestimmten Zeiten sollte der Eintritt regelmäßig kostenlos sein.
- Den Erhalt und Ausbau von Stadtteilkultur und Stadtteilhäusern mit ihren aktiven Mitmachangeboten.
- Umsetzung des Kulturkonzeptes.
- Deutlich reduzierte Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen.
- Die kommunale Unterstützung bei der Einrichtung und Erhaltung von Proberäumen für Musikgruppen.
- Eine Neuausrichtung der kommunalen Kulturpolitik hin zu einer „Kultur für alle“, zugleich gegen eine Verflachung der Kultur in Richtung einen konsumistischen Mainstreams.
- Altersgerechte, aber anspruchsvolle Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Gleichstellung mit Angeboten für Erwachsene.

- Die Förderung kultureller Vielfalt statt einzelner Leuchtturmprojekte.
- Schutz der künstlerischen Freiheit der freien Szene statt ihrer Unterwerfung unter die kurzfristigen Zielsetzungen von Kommunalpolitik und Verwaltung.
- Eine gezielte Förderung antirassistischer Kultur.
- Den weiteren Ausbau und die Förderung interkultureller Projekte und Veranstaltungen mit regionalen Kulturschaffenden.
- Den Auf- und Ausbau von „Häusern der Kulturen“, um Vorurteile abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entdecken.

MARL Gebildet

Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht abhängig sein vom elterlichen Geldbeutel! Alle Kinder und Jugendlichen sollen gefördert werden, keiner darf zurückbleiben. Bildung MUSS kostenlos sein, und zwar von der KITA bis zum Studienabschluss.

Wir wollen eine solidarische, demokratische und gerechte Bildung, in der alle Kinder gemeinsam lernen und nach ihren Möglichkeiten und Interessen gefördert werden.

Wir wollen die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems überwinden auf dem Weg zu „einer Schule für alle“.

DIE LINKE fordert:

- Das Recht von jedem Kind und seinen Eltern auf einen professionell geleiteten, gut ausgestatteten und wohnortnahen Kita-Platz.
- Eine Ausweitung des Angebots an Kita-Plätzen, für höhere Bedarfe müssen zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden, der Fehlbedarf im Ü3-Bereich soll durch Kita-Neubauten ausgeglichen werden.
- Eine „gute Schule“, das bedeutet ein Vorhandensein von guten und ausreichenden Schulräumen (auch Gruppenräume, Räume für differenziertes Lernen) und eine bessere materielle Ausstattung, besonders für das Lernen mit allen digitalen Möglichkeiten.
- Vorrangiger Ausbau bei der Digitalisierung der Schulen.
- Eine qualitative Weiterentwicklung der Offenen Grundschule (OGS) von dem heutigen Betreuungssystem zu einer gebundenen Ganztagschule mit Unterricht, Förderung, Freizeit, Rückzugsmöglichkeiten und anderen Angeboten über den gesamten Schultag verteilt („rhythmisiert“).
- Eine besondere Förderung von Kindern aus armen Familien, Kindern von Migranten und Kindern mit Förderbedarf, um Nachteile auszugleichen, die sich aufgrund des sozialen Hintergrunds ergeben.
- Zur Vermeidung der „Abschulung“ (z.B. von Gymnasium/Realschule zur Gesamtschule) soll über besondere Förderung und Aufmerksamkeit dafür sorgen, dass alle Kinder

mitgenommen werden, dazu muss mehr Personal inklusive Schulsozialarbeit eingestellt und dauerhaft erhalten bleiben.

- Eine mittel- bis langfristige Entwicklung zu einer „Schule für alle“, in der Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft gemeinsam lernen und gerechte Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen geschaffen werden.
- Wir setzen uns dafür ein, das Marl zum Hochschulstandort wird.

MARL Sportlich

Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe; von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

Die Kommune trägt eine große Verantwortung für den Erhalt der kommunalen Infrastruktur. Spielplätze, Sporthallen und Schwimmbäder müssen Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Freizeitsportlern in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein.

Sport leistet auch eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Kulturen. Viele Fußball spielende und Leistungssport Betreibende mit Migrationshintergrund zeigen das deutlich. Die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und Ausgrenzung sowie die Gewaltprävention sind für viele Vereine wichtige Ziele

Es ist deshalb falsch, im Sport- und Spielbereich zu kürzen.

DIE LINKE fordert:

- Den Erhalt von Spielplätzen, ggf. als Mehrgenerationen – Spielplatz.
- Den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten und Schwimmbädern die für alle barrierefrei zugänglich sind.
- Förderung von Lehrschwimmbecken.
- Förderung des Schwimmunterrichtes um nicht eine Stadt der Nichtschwimmer zu werden.
- Die Förderung der Teilhabe von allen an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten.
- Die Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Klettern, Skaten und Parcours in leerstehenden Gebäuden auf dem ehemaligen Zechengelände.

- Bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten.
- Transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. dem Sportbund erarbeitet werden.
- Besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen.
- Kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekten an Bund und Land.
- Die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigung.

MARL Entwickelt Stadtteile

Mit großer Beteiligung der Marler*innen wurde das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) entwickelt und vom Rat beschlossen. Dabei wurden notwendige Verbesserungsmöglichkeiten für ein lebens- und liebenswertes Marl in alle Stadtteilen festgelegt, die es umzusetzen gilt. Wir werden die Umsetzungen in allen Stadtteilen positiv begleiten. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Entwicklung der Stadtmitte mit einem wieder belebten Marler Stern, mit der Sanierung des Rathauses, mit der Kultureinrichtung Marschall 66 und mit dem grünen Band.

MARL Diskutiert

Die Kosten für die geplante **Rathaussanierung** war einer der meistdiskutierten Dinge in der ablaufenden Ratsperiode. Auch wir waren über die Höhe der Sanierungskosten schier erschrocken, aber welche Alternativen gibt es dazu? Fest steht, dass der jetzige Zustand des Rathauses weder den Mitarbeiter*innen noch den Besucher*innen zugemutet werden kann. Bei unserer Entscheidung sind wir davon ausgegangen, dass die Kosten für den Neubau des Rathauses in etwa das gleiche Volumen hat wie eine Sanierung, das nach aktuellem Stand ein denkmalgeschütztes Rathaus nicht abgerissen werden kann und das für ein neues Rathaus ein ausreichend großes Grundstück gefunden werden muss. Wir stellten uns die Frage, wie sich im Zeichen des ISEK's Marl Mitte, eine eingezäunte Rathausruine auf das Stadtbild auswirkt und welche Kosten die Erhaltung der Verkehrssicherheit mit sich bringen? Letztendlich wäre dadurch ein Neubau für uns die teurere Variante geworden, deshalb haben wir uns nach langer Diskussion in der Fraktion, für die Sanierung des Rathauses entschieden und stehen auch weiter dazu.

Die Ansiedlung des Entsorgungsunternehmens **Alba** im Chemiapark Marl hat nach Inbetriebnahme mehr Staub aufgewirbelt als den Verantwortlichen lieb war. Wir kritisieren scharf, dass die zuständigen Behörden beim Kreis Recklinghausen den Betrieb dieser

Entsorgungsanlage mit laschen Auflagen genehmigt hat. Erst nach massiven Beschwerden der Anwohner über eine andauernde und ekelerregende Geruchsbelästigung mit einhergehender Fliegenplage haben die Behörden auf den Plan gerufen. Wir fragen uns, warum ausreichend dimensionierte Filteranlagen nicht sofort installiert wurden? Lässt sich der Luftdurchsatz nicht berechnen?

Nach dem Großbrand wurde eiligst das Brandschutzkonzept überarbeitet, welches gravierende Mängel aufwies, hatten die Verantwortlichen nichts aus den Bränden an anderen Alba Standorten gelernt? Werden die Anwohner hier als Versuchskaninchen missbraucht? Nach der Wiederinbetriebnahme trat nach wenigen Monaten erneut eine starke Geruchsbelästigung auf, die wir bei 2 Ortsterminen deutlich feststellen konnten, trotz neuer Filter. Für uns steht fest, wenn ein Betrieb dieser Entsorgungsanlage nur mit starken Geruchsbelästigungen für die Anwohner einhergeht, gehört diese Anlage stillgelegt.

Durch die heißen Sommer der letzten Jahre, ist klar geworden, dass ein Abholzen der Baumbestände bei gleichzeitiger Versiegelung der Flächen sich kontraproduktiv auf die Hitzeentwicklung in der Stadt auswirkt, deshalb sind wir strikt gegen die Vernichtung des Baumbestandes rund um das **Jahnstadions**. Nicht nur wir, sind der Meinung, dass sich die Beseitigung der grünen Lunge von Hüls negative Auswirkungen auf unser Stadtklima hat.

Im Ruhrgebiet hat die RAG mehrere Halden an den RVR abgegeben um daraus Freizeitflächen oder Standorte für Windräder zu entwickeln. Ausgerechnet auf der **Halde Brinkfortsheide** in Marl soll nun eine Deponie für leicht belasteten Bauschutt entstehen. Marl ist durch diverse Einflüsse genug in ihrer Umwelt belastet, Marl braucht keine zusätzlichen Umweltbelastung! Angeblich gibt es nicht genügend Deponieflächen in NRW, wie wäre es mal mit Recycling, statt das Aufschütten von Müll? Wir fordern den RVR auf, dass die Halde für die Freizeitgestaltung der Bürger*innen entwickelt wird. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen kann auch ein zusätzliches Windrad aufgebaut werden. Windrad statt Unrat.